57. Jahrgang. № 348. Dienstag, 17. Dezember 1912

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher mitgeteilten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 75 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Thürmer Flügel u. Pianos sind von hervorragender Qualität und äusserst preiswert. Verkaufs-Magazin: Meissen, Martinstrasse 12.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht-Lampen einfachster Art bis zu den feinsten kunstgewerbl. Ausführungen in konkurrenzloser Auswahl. Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Königl. Preuß. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück .... 3½ Pfg.
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstck. 6½ und 10 Pfg.
Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a./M., Bahnhofsplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Glaswaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl. Wilh. Rihl & Sohn, Inh.: Richard Rihl, Königl. Sächs. Hoflieferant, Gegründet 1848. Waisenhausstr. 18. Fernspr. 4277.

Tuchhaus Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, Damen-Kostümstoffe, Billardtuche, Bunte Tuche. Uniformtuche für Königlich Sächsische Staatsforstbeamte in erstklassigen Fabrikaten. Hermann Pörschel Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wolkig, mild, Regen.

Der Schluß des Landtages ist durch Königliches Dekret auf den 20. Dezember angesetzt worden.

Die Zweite Kammer nahm gestern die Schlußberatung des Gemeindesteuer-Gesetzentwurfes, des Körgesetz-Entwurfes, des Antrages Castan und einer Petition vor.

In Sachsen werden in der Zeit vom 1. April 1913 bis zum 31. März 1914 an Uebungsmannschaften des Beurlaubtenstandes 4080 Unteroffiziere und 37 016 Mann eingezogen werden.

Der Deutsche Bauernbund erklärte sich gegen die Einfuhr ausländischen Gefrierfleisches und gegen jede Abänderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes.

Die Bewegung zur Herbeiführung eines „Parsifal"-Schutzes wurde auch auf Oesterreich ausgedehnt.

In Pilsen kam es zu hochverräterischen Kundgebungen der Tschechisch-Nationalen; in Königgrätz wurden Ausschreitungen gegen das Militär begangen.

Bei Eröffnung der ersten Sitzung der Friedenskonferenz begrüßte Sir Edward Grey die Delegierten im Namen des Königs Georg und der englischen Regierung.

Die türkischen Truppen haben den Griechen in Epirus und auf der Insel Chios empfindliche Niederlagen beigebracht.

Auf der Station Mangano der Eisenbahnlinie Catania—Messina ereignete sich ein Zusammenstoß zweier Züge, wobei 25 Personen getötet und über 100 verletzt wurden.

Eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft zwischen rechts und links

auf einer mittleren Linie bildet in steigendem Maße den Gegenstand parteipolitischer Erörterungen sowohl in der Presse wie auf Parteitagen und in gelegentlichen Aeußerungen führender Persönlichkeiten. Den Beginn machte der Vorsitzende der preußischen nationalliberalen Landtagsfraktion, der vermöge seiner tadellos gemäßigten Haltung auch bei den Konservativen in großem Ansehen stehende Abgeordnete Dr. Friedberg, der auf einem Parteitage der Nationalliberalen in Posen die Frage einer Annäherung zwischen rechts und links zum Zwecke eines positiven Zusammenarbeitens im Reichstage mit gründlichem Ernste erörterte und dabei Töne anschlug, die so warm und überzeugend klangen, daß im Falle des Vorherrschens solcher Anschauungen und Gesinnungen auf der ganzen Linie alle Schwierigkeiten sehr leicht zu beheben wären. Der preußische nationalliberale Führer, der die besten Traditionen seiner Partei im Geiste Bennigsens vertritt, erklärte es im Interesse einer gedeihlichen innerpolitischen Weiterentwicklung unseres großen Vaterlandes für unbedingt nötig, daß Mittel und Wege gefunden würden, um nun endlich die während der Kämpfe um die Reichsfinanzreform geschlagenen Wunden auf beiden Seiten verharschen zu lassen und Konservative und Nationalliberale wieder zusammenzuführen. Der Appell Dr. Friedbergs machte auf der rechten Seite ersichtlich Eindruck, und so war es denn sehr zu bedauern, daß Herr Bassermann es für angebracht hielt, gleich wieder mit einer schärferen Auslassung, die polemisch gegen die Rechte zugespitzt war, dazwischen zu fahren. Herr Bassermann will danach von einem Zusammengehen mit der unveränderten konservativen Partei, die so bleibt, wie sie ist, im Gegensatze zu Herrn Dr. Friedberg, nichts wissen. Er hält vielmehr hartnäckig an der von dem Linksliberalismus vertretenen Meinung fest, daß es in der konservativen Partei zwei verschiedene Strömungen gebe, eine gemäßigte und eine reaktionäre, letztere unter der angeblichen Leitung des Abgeordneten Dr. v. Heydebrand. Letztere nannte Herr Bassermann die „Radikalen" der rechten Seite, und mit ihnen will er nichts gemein haben. Er behauptete auf einem provinzialen Parteitag in Breslau, daß der Liberalismus „von den Radikalen von links und von rechts" bedroht werde, und befürwortete gegen diesen beiderseitigen Radikalismus die Bildung einer „einheitlichen Front der Mittelparteien mit Einschluß der Freikonservativen".

Der Bassermannsche Versuch, die Freikonservativen auf solche Weise in Gegensatz zu den Deutschkonservativen zu bringen, hat bei den ersteren durchaus keine Gegenliebe gefunden. Die Reichs- und freikonservative Partei hat in einer Berliner Vorstandssitzung durch den Freiherrn v. Gamp ihre grundsätzliche Stellungnahme unzweideutig dahin präzisiert, daß sie, unbeschadet ihrer Sympathie für eine starke gemäßigt liberale Mittelpartei, auf dem Boden einer konservativen Weltanschauung stehe und sich an einem Kampfe gegen die konservative Partei nicht beteiligen könne. Gleichzeitig ist von dem Berliner konservativen Hauptorgan die Parole ausgegeben worden, daß die oberste Voraussetzung einer Annäherung zwischen rechts und links die sorgfältige Achtung der beiderseitigen Eigenart sei. Die konservative Partei sei ein durchaus einheitliches und geschlossenes Gebilde und müsse verlangen, daß sie als solches genommen werde, wie sie ist, mit ihrer besonderen Weltanschauung und ihren daraus entfließenden politischen und sozialen Grundsätzen. Natürlich müssen die Konservativen dann auch Gegenseitigkeit gewähren und ihrerseits die abweichenden liberalen Eigentümlichkeiten ehrlich respektieren. Daß hierzu auf konservativer Seite die ernste Bereitwilligkeit besteht, ist nicht zu bezweifeln. Die „Kreuzztg." erklärt ausdrücklich, daß es den Konservativen durchaus fern läge, den Nationalliberalen irgendwelche Opfer ihrer Prinzipien zuzumuten, und daß man auf konservativer Seite keineswegs den Wunsch hege, gute Nationalliberale zu halben Konservativen zu machen. Das ist ein offenes Wort, an dem sich nicht rütteln und deuteln läßt, und es ist mit Genugtuung zu begrüßen, daß es auf einsichtiger nationalliberaler Seite dem richtigen Verständnis begegnet. Die angesehene, den Friedbergschen Standpunkt vertretende „Berl. B.-Z." gibt unumwunden zu, daß das gedachte konservative Verlangen „viel innerliche Wahrheit" enthalte, und glaubt, daß es im nationalliberalen Lager nicht als Hindernis einer Wiederannäherung angesehen werden dürfte, da die konservative Partei, die Respekt vor ihren Grundanschauungen fordere, die gleiche Rücksicht auszuüben gewillt sei.

Sobald die nationalliberale Partei sich entschließt, in diesem Hauptpunkte nachzugeben, sobald sie endgültig auf die aussichtslosen Bemühungen verzichtet, Konservative gegen Konservative auszuspielen, und mit künstlich konstruierten, in Wirklichkeit nicht vorhandenen Gegensätzen im konservativen Lager zu operieren, wird auch die erste verläßliche Brücke zwischen rechts und links wiedererrichtet sein. Dann aber kommt es darauf an, die Arbeitsgemeinschaft in die Tat umzusetzen, ihr zu praktischen Erfolgen zu verhelfen, und das kann nur geschehen, wenn ihr eine parlamentarische Mehrheit gesichert wird. Eine solche aber vermögen die beiden konservativen Gruppen mit den Nationalliberalen nicht zustande zu bringen, selbst dann nicht, wenn die Fortschrittliche Volkspartei, was bei ihrer Abhängigkeit von der Sozialdemokratie natürlich ganz ausgeschlossen ist, mit in die Gemeinschaft einbezogen werden könnte. Von diesem realpolitischen Gesichtspunkte aus erklärt sich der von konservativer Seite gegebene Hinweis, daß das Zentrum nicht ausgeschlossen werden könne. Es ist auch von nationalliberaler Seite oft genug betont worden, daß eine grundsätzliche völlige Ausschaltung des Zentrums weder wünschenswert, noch möglich sei. Das, worauf es ankommt, besteht lediglich darin, daß alle kirchlichen Uebergriffe des Ultramontanismus verhütet werden müssen; in diesem Punkte darf kein Pardon gegeben werden. Im übrigen aber muß mit dem Zentrum als gegebenem parlamentarischen Machtfaktor gerechnet werden, und es wäre widersinnig und mit dem nationalen Interesse nicht zu vereinigen, wenn man eine notwendige oder nützliche gesetzgeberische Aktion bloß deshalb scheitern lassen wollte, weil sie ohne die Mithilfe des Zentrums nicht durchzusetzen ist. Auch die Nationalliberalen haben gegebenenfalls nicht gezögert, hiernach ihr parlamentarisches Verhalten einzurichten, und mit dem Zentrum von Fall zu Fall zusammenzugehen; es sei hier nur an den Besitzsteuerantrag erinnert, der die gemeinsame Unterschrift Bassermann-Erzberger trägt. Dabei ist auch zu bedenken, daß das notwendige Gegengewicht gegen das Zentrum sich gerade um so wirksamer geltend macht, je fester der Zusammenhalt unter den beiden großen nationalen Parteien sich gestaltet. Wenn das Zentrum überhaupt wieder in eine so günstige parlamentarische Position einrücken konnte, so ist daran gerade der unselige Zwist schuld, den der Kampf um die Reichsfinanzreform zwischen rechts und links entfachte. Die Erinnerung hieran sollte hüben wie drüben ein Ansporn sein, nun endlich alle Zwistigkeiten zu begraben und die Einigkeit wiederherzustellen. Daß die so gekennzeichnete Arbeitsgemeinschaft eine geschlossene Frontstellung gegen die Sozialdemokratie einnehmen muß, braucht nicht besonders betont zu werden, weil es selbstverständlich ist.

Es ist auf alle Fälle ein hoffnungsvolles Zeichen, daß die Erkenntnis der patriotischen Notwendigkeit einer Wiederannäherung zwischen rechts und links zum Zwecke fruchtbarer parlamentarischer Arbeit sich mit solcher Kraft durchzusetzen beginnt. Die Sache steht augenblicklich so, daß die Nationalliberalen bloß mit dem guten Willen, von den Konservativen nichts Unmögliches zu fordern, die Hand zur Versöhnung auszustrecken brauchen, um sicher zu sein, daß ihr der Gegendruck von der anderen Seite nicht fehlen wird. Das Hindernis auf nationalliberaler Seite bilden nur noch die Jungliberalen mit ihren Großblockbestrebungen, und von dem Maße des Einflusses des Altliberalismus gegen diese radikale Richtung in der Partei wird es abhängen, ob die Verständigung zwischen rechts und links, welche die allgemeine vaterländische Wohlfahrt so dringend fordert, endlich verwirklicht werden wird.

Hoffmann, Hetter & Co., Dresden-A. Ringstrasse 17. Weine und Spirituosen.

Eine Wendung zum Besseren

lassen die bisher so scharf gespannten österreichisch-serbischen Beziehungen jetzt allem Anschein nach erkennen. Man hat doch wohl endlich in Belgrad die ernste Sprache der österreichischen Rüstungen verstanden und beginnt einzusehen, welcher Wahnsinn es wäre, wenn Serbien, nachdem es von Rußland eine deutliche Absage erhalten hat, sich in einen Kampf mit der österreichischen Heeresmacht einließe, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein könnte. Hierzu wird uns von unserem Wiener Vertreter geschrieben:

Vielleicht haben die Recherchen der zahlreichen serbischen Spione in den Südländern Oesterreich-Ungarns doch das Gute gehabt, daß sie den maßgebenden Kreisen in Serbien die Augen öffneten, damit sie erkennen, wie sehr sie sich irren, wenn sie an Mängel in der Schlagfertigkeit und Ausrüstung der österreichischen Armee glauben. Findige Köpfe haben sich bereits bemüht, Serbien eine Rückzugslinie anzudeuten, die es beschreiten könnte, ohne allzusehr die Rolle des von Oesterreich diplomatisch Besiegten zu spielen. Diese Rückzugslinie wäre gegeben, wenn die Botschafterbesprechung sich dem Vorschlag des Dreibundes zur Gänze anschließen würde, wonach Albanien als neutraler Staat, wie Belgien oder die Schweiz, von der montenegrinischen bis zur griechischen Grenze zu reichen hätte. Damit wäre auch die Hafenfrage gelöst, da man Serbien in dem selbständigen Staate Albanien doch kein Territorium für einen Hafen vorbehalten kann. Ob Serbien diese Rückzugslinie beschreiten und erklären wird, daß es sich in der albanischen und Hafenfrage Europa unterwirft, steht freilich noch nicht fest. Versichert es sich aber dem wohlwollenden Rate des Dreiverbandes, der allem Anschein nach mit dem Dreibunde in den genannten Fragen eine Einigung erzielen wird, begnügt es sich nicht an der Vergrößerung seines Gebietes durch Altserbien und den Sandschak, dann ist ihm nicht zu helfen, dann müssen die Waffen sprechen. Oesterreich ist bereit dazu. Wie ein solcher Waffengang ausfallen würde, ob Serbien auf eine militärische Unterstützung weder von Rußland noch von den Mächten des Balkanbundes rechnen kann, ist wohl nicht zweifelhaft. Die Entscheidung im österreichisch-serbischen Konflikte hat, dies geht aus allem hervor, eine Verzögerung erfahren. Wie verlautet, dürfte diese Verzögerung sich bis Neujahr hinziehen. Dies wird als der letzte Termin angesehen, da die wirtschaftlichen Folgen der Krise ein Ende haben müssen.

Der Fall Prochaska.

Wie verlautet, wird die Oeffentlichkeit mit dem Ergebnis der Untersuchung des Konsuls Edl in der Affäre Prochaska durch Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten v. Langhahn seitens des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh im Abgeordnetenhause bekanntgemacht werden.

Die Politik Oesterreichs.

Den Wechsel in der Leitung der Kriegsämter besprechend, betont das Wiener „Fremdenblatt": Die Ernennung der beiden erprobten Männer bedeutet die Aufrechterhaltung der Kontinuität und hat mit politischen Angelegenheiten nichts zu tun. Abgesehen davon, daß mili-